

## **Protokoll der III. Landesschülerkonferenz vom 10. Juni 1990 in Koblenz, Eichendorff Gymnasium**

Um 9.30 Uhr wird die III. LSK von Celine Arnold, der Landesschülersprecherin eröffnet. Sie stellte fest, daß ordnungsgemäß eingeladen worden sei und daß die Stimmberechtigung aller anwesenden Delegierten geprüft und nicht beanstandet worden sei. Auch stellte sie fest, daß diese LSK nicht beschlußfähig sei, da nicht genügend Delegierte anwesend wären.

Von 9.40 Uhr bis ca. 9.50 Uhr wurden jeweils kurze Grußworte von der Vertreterin des Kultusministeriums Frau Dr. Lizenburger von und Sandra Maschke (Bundesschülervertretung) gesprochen.

Hiernach wurde das Präsidium gewählt, bestehend aus Ulli Falk (Präsidentin), Timo Schutte (techn. Assistent), Torsten Fischer (Protokoll)

Danach wurde nach einer kurzen Lesepause die vorliegende Geschäftsordnung ohne Veränderung verabschiedet.

Ein GO-Antrag, der eine mündliche und KEINE schriftliche Wortmeldung der Delegierten forderte wurde angenommen,

### ***Als Tagesordnung wurde verabschiedet:***

10.00 Uhr	Rechenschaftsbericht LSB
10.30	AG's und Anträge: PLENUM
11.00	AG' s
12.00 Uhr	Mittagessen/Pause
12.45 Uhr	Anträge, Berichte aus den AG's; PLENUM
14.00 Uhr	Kaffeepause
14.30 Uhr	Diskussion: Perspektiven für den LSB; PLENUM

Diese Tagesordnung wurde bei 1 Gegenstimme so verabschiedet.

### ***Rechenschaftsberichte***

Celine Arnold (Landesschülersprecherin 1989/90) berichtet, daß sie das Referat Finanzen inne hatte. Außerdem nahm sie Kontakt zu den im Landtag vertretenen Parteien und Verbänden auf. Mit diesen sprach sie z.T. über die Zukunft der LSV in RLP und über die Möglichkeit der Anerkennung der LSV-Satzung, wozu sie u.a. auch Stellungnahmen verfaßte. Desweiteren plante sie das Seminar „Schülerschule“, führte Gespräche mit dem Kultusministerium und hatte die Geschäftsführung der LSV inne.

Torsten Momm berichtete, er habe die Referate RAK- und Innen-Arbeit gehabt. In seinem Bericht kamen vorrangig die Probleme, die es mit dem „Lichtblick“, der LSB-Zeitung gab/gibt zur Diskussion. Hier wurde vor allem die vom LSB mit dem Druck usw. betraute Junge Presse kritisiert. Der Vertreter der Jungen Presse nahm diese Kritik auch auf seine Organisation und meinte, es habe hier tatsächlich Fehler gegeben. Man versuche, allerdings so bald wie möglich die Zeitung herauszubringen.

Nach längerer Diskussion über den „Lichtblick“ wurde dann ein GO-Antrag auf Ende der Diskussion gestellt, der aber abgelehnt wurde.

Till Herbig (RAK, Lichtblick) stieg ebenfalls in die Lichtblick-Diskussion ein und berichtete außerdem von einem RAK-Rundbrief, der aber nicht verschickt worden sei.

Weiterhin stellten sich Mathias Falk (RAK 1-4) Stefan Faber Kassenprüfer, Information, Basiskontakte), Hamid Böhler (Ausländerfeindlichkeit, Umwelt), Carsten Freisberg (Basis+Info) und Valerie Stabel (Ausländerfeindlichkeit) vor.

Bei den Anwesenden kam z.T. Unmut auf, als einzelne LSBler lediglich berichteten „nichts getan“ zu haben.

In einer Diskussion mit den LSB-Mitgliedern kamen jedoch die Ursachen dieses Mißstandes zur Sprache. Als Hauptkritikpunkt der LSBler wurden die schlechten SV-Strukturen, sowie die *extrem* schlechte finanzielle Situation genannt. Dem Kultusministerium wurde Bürokratismus sowie eine nicht vorhandene Kooperativität vorgeworfen.

Nach den Berichten der anwesenden LSBler trug Celine Arnold die nichtanwesenden Mitglieder dieses Gremiums vor. Bis auf Jochen Cappel, der Briefe verschickt habe und sich auch um Organisation gekümmert habe, Anette Cerner, die wie Vanessa Ohnesorge aktiv gewesen sei hätten die restlichen nicht aufgeführten LSB-Mitglieder sich z.T. nicht mal sehen lassen, nachdem sie gewählt worden seien.

Hierauf folgte ein GO-Antrag auf Schließung der Redeliste, der abgelehnt wurde.

Nachdem die Frage über die neue Satzung und die generelle Stellung der LSV vor dem KUMI aufkam entwickelte sich der Vertreterin des KuMis, Frau Dr. Andrea Lizenburger und den Delegierten.

Gefordert wurde zum Beispiel eine generelle Geldmittelerhöhung um das 10-fache, wie dies in anderen Bundesländern (Schlesw.-Holst. Niedersachsen) mit ähnlicher Struktur längst der Fall sei. Die Vertreterin des KuMis reagierte darauf mit dem Vorbehalt, man müsse sich schließlich verantworten vor dem Steuerzahler, was man bei einer Aufstockung des LSV-Etats nicht könne. Außerdem deutete sie die Gefahr des Mißbrauchs der Gelder an, der bestehe. Außerdem wurde dem KUMI böswillige Blockade der LSV vorgeworfen. Das wurde allerdings von der Vertreterin des KuMis zurückgewiesen. Gleichzeitig deutete sie Gesprächsbereitschaft mit den SchülervorteilerInnen an. Man könnte dort z.B. um evtl. Vorlagen für die LSV verhandeln. Ein Delegierter trug Forderungen der LSV von 1973 vor, die in wesentlichen Punkten identisch mit heutigen Forderungen war. Außerdem wurde vom Kultusministerium eine inhaltliche Stellungnahme zur neuen Satzung gefordert, und keine formale (Verstoß. ggn. Schulordnung).

Auf die Frage warum das KUMI kein Schülerparlament legitimieren wolle und der LSB somit nicht „kontrolliert“ werden könne, antwortete die Vertreterin des KuMis, daß der LSB keine großen Kontrollorgane haben dürfe, damit er flexibel und schnell auf sich stellende Probleme reagieren könne.

Dies wurde von den Nachrednern allerdings absolut zurückgewiesen, mit dem Hinweis, alle Organisationen. Parteien usw. seien so organisiert und diese Form der Organisation sei ein demokratisches Grundprinzip. Diese Diskussion wurde dann zur Mittagszeit 12.00..

Um 13.10 wurden die Antragsnummern festgelegt. Es wurden die vorliegenden Anträge folgendermaßen nummeriert:

Nr.	AntragstellerIn	
A1	(V. Stabel)	Konstituierung d. LSBs spätestens 2 Wochen
A2	(RAK VIII)	LaVo wählen

A3	(M. Grub)	Lehrplan Geschichte
A4	(M. Grub)	Kürzung Privatschulen zurücknehmen
A5	(M. Grub)	Urlaub für Tschernobyl-Kinder
A6	(RAK II)	Brief an japanischen Botschafter, wg. Regenwald
A7	(M. Grub)	Umweltbüro/Einwegboykott
I1	(Drescher)	Religionsunterricht abschaffen
I2	(LSB)	Umfrage SV
I3	(Weckerle)	SV-Reader
I4	(AG ökolog.)	Material für Zentralbestellung
I5	(AG Koeduk.)	Erhalt der Koedukation (wurde erst nach AGs zugefügt)

Um 13:15 Uhr wurden die Arbeitsgruppen eingeteilt:

- 1) Schülerschule
- 2) SV-Umfrage;
- 3) LSK-Zeitung;
- 4) Koedukation;
- 5) Gewalt;
- 6) Umwelt;
- 7) Satzung;
- 8) RAKs.

Die AG-Leiter stellten sich und ihre AG-Plane kurz vor.

Um 13.30 Uhr wurde die Tagesordnung folgendermaßen umgestellt.

- AG-Arbeit
- Plenum: AG-Berichte
- Plenum: LSB-Ferspektiven

Bis 15.30 Uhr. A R B E I T S G E M E I N S C H A F T E N

Um 15.30 Uhr wurde das Protokoll der II. LSK pro forma angenommen.

Danach berichteten die AG-Sprecher über ihre Arbeit. Ein Verfahrensvorschlag, die in den AGs gestellten Anträge sollen gleich nach deren Vorstellung abgestimmt werden. fand Zustimmung.

1) Schülerschule

Diese AG habe sich zunächst über Mängel im jetzigen System informiert bzw. diese ausdiskutiert. Danach seien sie dann auf Alternativensuche gegangen. Die einzelnen Forderungen (Noten abschaffen, keine Schulpflicht ab 9. Klasse, projektbezogener Unterricht, Mitbestimmung bei Lehrplänen....) wurden nach dem Bericht diskutiert.

Ein GO-Antrag auf Schluß der Rednerliste für diesen Punkt fand die Mehrheit.

Ein weiterer GO-Antrag, die Redezeit generell auf 2 min. zu begrenzen wurde abgelehnt.

2) SV-Umfrage

Hier wurde ein Fragebogen ausgearbeitet, den alle Sven in RLP ausfüllen sollen. Die AG-Mitglieder haben sich zu den einze ... gesetzt und wollen nun Artikel dazu schreiben.

4) Koedukation

Hier wurde zunächst einmal die z.Zt. stattfindende Diskussion analysiert. Begriffe wie „Koedukation“ geklärt und die Standpunkte feministischer und kirchlicher Gruppen dargestellt. So wolle die Kirche die getrennte Erziehung von Jungen und Mädchen aus traditionellen Gründen, während feministische Gruppen dies fordern, weil sie meinen Mädchen würden bei Koedukation zu kurz **kommen**. Zwar sah die AG die auftretenden Probleme der Koedukation. war aber gegen die Trennung der Geschlechter; da dies lediglich Symthombekämpfung sei. Man forderte hingegen eine Verbesserung der pädagogischen Ausbildung der Lehrer, eine Neugestaltung der Lehrpläne ( z.B. Mutter/Vaterschema) und eine generelle Schulreform.

Hierzu: I5 angenommen.

#### 5) Gewalt

Hier wurde der konkrete Fall einer SVlerin aus Zweibrückern besprochen, auf deren Schule Skinhead-Frobleme aktuell sind. Es wurden Möglichkeiten besprochen, wie man sich gegen diese Gewalt vorgehen könnte, ohne sich z.B. selbst in Gefahr zu bringen. da diese Skinhead-Gruppen schon mehrere Leute krankenhausreif geschlagen hätten. Man hat sich also mit einem spezifischen Problem beschäftigt.

Ein GO-Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf 3 min wurde angen.

#### 6) Umwelt

Hier wurde über die Möglichkeit, Zentralbestellungen für Schulen zu tätigen informiert. Durch Mengenrabatt könnten Kosten gespart und ökologisch gehandelt werden, da man z.B. nur UWF-Papier kaufen könnte.

Hierzu: I4 angenommen.

#### 7) Satzung

Hier wurde gefordert, endlich eine handfeste KUMI-Reaktion zu erwirken. Man sprach sich für die SV-Satzung und den LaVo aus und drängte zu Öffentlichkeitsarbeit.

#### 8) RAK

Hier wurden Erfahrungen. Probleme und Anregungen ausgetauscht.

Hiernach wurden die restlichen Anträge behandelt. zur Verfahrensweise. Ein Vorschlag die Initiativanträge zuerst zu behandeln fand Mehrheit.

I1: Nach Verlesung und Diskussion fand ein GO-Antrag auf Verweisung an den LA die Mehrheit.

I3: angenommen.

A1: nach Diskussion und angenommen GO-Antrag auf Ende der Debatte: angenommen.

A2: Hat sich zum Zeitpunkt der Abstimmung. erübrigt. Wurde nicht behandelt.

A3: Nach GO-Antrag auf Verweisung an LA auch dorthin verwiesen.

A4: Nach Diskussion und angenommenen GO-Antrag auf Schluß der Debatte. abgelehnt.

Gegen 17.00 Uhr wurde der GO-Antrag auf Verweisung der restlichen Anträge an den LA angenommen. Da die LSK um 17.00 Uhr beendet werden mußte, kam es nicht mehr Perspektivendiskussion. Um 17.00 Uhr schloß die Präsidentin die III. LSK.

### ***Initiativanträge:***

I2: Die LSK möge beschließen den LSB mit der Durchführung einer Umfrage zum Thema Schülervvertretung zu beauftragen.

I3: Hiermit beauftragen wir den jetzigen LSB endlich einen umfassenden SMV-Reader zu erstellen. der jegliche Instanzen, jegliche regionale Arbeiten vorstellt, die Zusammenhänge dere erläutert, letztendlich die „unwissenden Schüler“ aufklärt... diesem soll der LSB auch einen Rechenschaftsbericht abgeben, Zukunftsperspektiven darstellen. Resümee *ziehen*.

I4: Die LSK möge beschließen: Der LSB 89/90 bzw. 90/91 sendet das Material zur zentralen Bestellung von umweltfreundlichen Produkten (Schulhefte...) (also Geschäftsordnung, Preisliste, Anmeldeformular) des Umweltbüros RAK II an alle Schulen der LSV.

I5: Die LSK möge beschließen: Die LSK spricht sich für den Erhalt der Koedukation an RLPs Schulen aus.

### ***I 1: Antrag an die 3. Landesschülerkonferenz am 10.6. in Koblenz Antragsteller Frank Drescher u.a.***

#### ***Abschaffung des Religionsunterrichtes !!!***

Das 1933 zwischen dem Vatikan und den Nationalsozialisten geschlossene Reichskonkordat regelt u.a. die Art und Weise, wie in staatlichen Schulen der Religionsunterricht abzuhalten ist. Dabei legt der Staat den Fachbereich Religion an Schulen und Hochschulen ganz in die Hände der Kirche.

Jede/r Schüler/in „genießt“ unfreiwillig Religionsunterricht bis zum 14. Lebensjahr. Erst dann hat mensch die Möglichkeit, aus dem Religionsunterricht auszutreten. Als „Ersatzfach“ dafür muß jedoch in der Regel ein Ethik-Kurs besucht werden.

Das Problem ist folgendes: Die Monopolisierung katholischen und evangelischen Religionsunterrichtes in den Händen der beiden Großkirchen widerspricht dem Grundsatz der Gleichbehandlung (der sogar formal durch das GG garantiert wird). Um diese abstruse. Verquickung von Staat und Kirche zu verstehen, denke man sich zum Beispiel ein Fach „Gewerkschaftskunde“ unter der alleinigen Kontrolle des DGB an den bundesdeutschen Schulen und Hochschulen.

Die Tatsache, daß so etwas für die beiden Großkirchen dennoch möglich ist, ist nur über eine Interessenidentität von Staat und Kirche zu erklären: Sowohl die konservative Regierung unter Adenauer, genau wie unsere heutige Bundesregierung und auch die Kirchen haben ein Interesse daran, bestimmte Normen und Wertvorstellungen den Menschen von früh auf (in christlichen Kindergärten und im RU) zu vermitteln, Wertvorstellungen, die, historisch betrachtet, immer Kräften genutzt haben, die bestehende Machtverhältnisse manifestieren und verschleiern wollten. („Gott gebe mir die Kraft das zu ertragen was ich nicht ändern kann (...) F.v. Assisi)

Ein Unterricht also, in dem institutionell nach christlichen Werten (die selbst per se nicht notwendig schlecht sein müssen) erzogen wird, widerspricht einem aufklärerischen Denken, das die LandesschülerInnenvertretung vertritt.

Entsprechend der Grundlüge vom wissenschaftlichen Charakter von Religion und Theologie wird Religion wissenschaftlichen Fächer gleichgesetzt. Fortschrittliche Politik hingegen muß Religion als Aberglauben und Ideologie kennzeichnen. Theologie entzieht sich jeder empirischen Verifikation und intersubjektiven Nachvollziehbarkeit. Theologie hat an der Schule nix zu suchen !!!